



Band 6. Die Weimarer Republik 1918/19–1933
Wilhelm Groener über das Verbot der SA (1932)

Vor der Reichspräsidentenwahl von 1932 kam es zu seltsamen politischen Allianzen – die Parteien der gemäßigten Linken (SPD, Zentrumspartei) ließen beispielsweise ihre Unterstützung für den amtierenden Paul von Hindenburg erkennen, den sie angesichts des Kandidaten der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, als das kleinere Übel ansahen. Nach Hindenburgs Wiederwahl forderten viele Länderregierungen, Maßnahmen zu ergreifen, um der Bedrohung durch die NSDAP und insbesondere ihrer paramilitärischen Organisation, der SA (Sturmabteilung), zu begegnen. Letztere war für die Anzettlung politischer Unruhen und die Ausübung physischer Gewalt auf den Straßen in Deutschland verantwortlich. Auf eigene Faust erteilte der preußische Innenminister Carl Severing der Polizei den Auftrag, im ganzen Land diverse Hauptquartiere der Nationalsozialisten zu durchsuchen. Nachdem Severings Razzien Beweise für einen Staatsstreich der SA zu Tage förderten, der für den Fall von Hitlers Sieg geplant war, entschied der Reichsminister des Inneren Wilhelm Groener, dass ein nationales Verbot der SA ein vernünftiger Schritt war, um diese radikale Partei zu zähmen. Groener war sicherlich kein Freund der Nationalsozialisten, aber er glaubte in der Tat, diese könnten umgänglicher werden und die konservative Rechte könnte mit ihnen zusammenarbeiten.

Montag oder Dienstag kommen die Innenminister der größeren Länder zu einer Besprechung über die SA.s. Daran habe ich keinen Zweifel, daß wir ihrer Herr werden – so oder so, schon jetzt glaube ich, daß wir ihnen die Giftzähne ausgebrochen haben. Die Legalitätserklärungen der SA.-Führer am laufenden Bande, die sie mir in einem dicken Bande mit allen Unterschriften überreichen ließen, lassen sich taktisch recht gut verwerten. Die SA.s untergraben dadurch selbst ihre Existenzberechtigung. Freilich gibt es noch schwere Wochen des politischen Spiels, bis die verschiedenen Landtagswahlen vorüber sind. Dann wird man daran gehen müssen, die Nazis regierungsfähig zu machen, da die sicherlich noch mehr anwachsende Bewegung durch Gewalt nicht mehr unterdrückt werden kann. Die Nazis dürfen selbstverständlich nirgends allein an die Regierung gelassen werden, schon gar nicht im Reich. Aber in den Ländern wird der Versuch hier oder dort gewagt werden müssen, die Nazis in eine Koalition miteinzuspannen und sie durch positive Regierungsarbeit von ihren Utopien abzubringen. Ich sehe keinen besseren Weg, denn die Idee durch ein Antinazigesetz nach Art des alten Sozialistengesetzes die Partei zertrümmern zu wollen, würde ich für ein sehr unglückliches Unterfangen ansehen. Anders steht es natürlich mit den SA.s., die unter allen Umständen beseitigt werden müssen, am besten die sogenannte Eiserne Front gleich mit [. . .]

Quelle: R.G. Phelps, „Aus den Groener Dokumenten“, *Deutsche Rundschau* 76 (1950), S. 1019ff. Brief an Alarich von Gleich, 2. April 1932.